Positionspapier des Niedersächsischen Gießerei-Dialogs am 13. April 2026

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

UVN Unternehmerverbände Niedersachsen

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

NIEDERSACHSENMETALL

bdguss

Die überwiegend mittelständisch geprägte deutsche Gießerei-Industrie ist unverzichtbar für industrielle Wertschöpfung und wirtschaftliche Souveränität in Deutschland. Dies gilt auch für den Standort Niedersachsen mit 30 Gießerei-Unternehmen und 1 Milliarde Euro Umsatz.

Die Rohstoffe dieser Branche sind Schrott aus Stahl, Aluminium, Kupfer, Magnesium und Eisen. Hieraus werden als Produkte funktionale Bauteile und Komponenten wie bspw. Motorblöcke hergestellt.

Aktuell befindet sich die Branche in einer schweren Krise infolge eines toxischen Mixes aus hohen Energiekosten, zunehmender Importkonkurrenz, US-Protektionismus und hohem Transformationsdruck. Viele Betriebe stehen vor existenziellen Herausforderungen und brauchen schnelle und wirksame industriepolitische Maßnahmen:

Fairen Handel sicherstellen:

Hohe Überkapazitäten in Asien und US-Zollprotektionismus verzerren den internationalen Handel. Um gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen („Level-Playing Field“) sicherzustellen, sollten:

- auch Gusskomponenten in die neuen Stahl-Safeguards (Schutzklauseln mit Zollkontingenten und Quotenregelungen für Einfuhrmengen) einbezogen werden.
- Antidumpingverfahren auch konsequent gegen unfair gehandelte Gussprodukte aus dem Nicht-EU-Ausland eingeleitet werden.

Wirksamer Carbon-Leakage-Schutz:

- Spätere Ausweitung eines effektiven CBAM-Schutzes auf Produkte der Gießereiindustrie
- Ausweitung der „Verordnung über Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon-Leakage durch den nationalen Brennstoffemissionshandel“ (BECV) auf Stahl-, Leichtmetall- und Buntmetallgießereien unter Erhöhung des Erstattungsbetrages und Beschleunigung des Erstattungsverfahrens, um mittelständische Betreiber von Kleinanlagen zu berücksichtigen.

Wettbewerbsfähige Energiekosten:

- Der „Action Plan for Affordable Energy“ der EU-Kommission muss nun schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte daher eine langfristig tragfähige Industriestrompreis-Lösung von „all in“ 3 bis 6 Cent/kWh beschließen, also unter Einschluss der Netzentgelte sowie aller Abgaben und Umlagen. Die Verpflichtungen zur Reinvestition in immer neue ökologische Gegenleistungen sollten dabei aufgehoben werden, da Letztere drohen, das Ziel eines Carbon Leakage-Schutzes auszuhöhlen.

- Die im Koalitionsausschuss der Bundesregierung vereinbarte teilweise Übernahme der Übertragungsnetzentgelte in Höhe von 6,5 Mrd. Euro ist der erste Schritt in die notwendige Richtung. Diese Übernahme muss über das Jahr 2026 hinaus langfristig rechtlich abgesichert werden.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission im Rahmen des aktuellen Beihilferahmen-Reviews dafür einzusetzen, dass die CO_2-Strompreiskompensation in den nächsten Jahren uneingeschränkt dem Grunde und der Höhe nach erhalten bleibt.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass auch die Stahl-, Aluminium und Buntmetallgießereien (bisher nur Eisengießereien) in Entlastungsregelungen wie Industriestrompreis und Strompreiskompensation einbezogen und die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Marktanreize für zunehmend emissionsarme Gießereiprodukte, Sondervermögen:

- In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen, schwacher Konjunktur und zunehmender Wettbewerbsverzerrungen durch Drittstaaten ist es zielführend, öffentliche Mittel für den industriellen Umbau zur Klimaneutralität, die ökonomische Resilienz und zum Erhalt strategischer Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa verstärkt zu nutzen (Local Content). Der öffentlichen Hand kommt eine Schlüsselrolle zu, da sie über ihre Beschaffung und gezielte Marktanreize Nachfrage und Innovationen in Deutschland anstoßen kann.

- Ausschreibungen auf Grundlage des Sondervermögens sollten für in Deutschland und der EU produzierte Gießereiprodukte – möglichst emissionsarm entsprechend ihrer Marktverfügbarkeit – genutzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz entsprechende Anforderungsprofile festzulegen.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der ‚Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie' den Aspekt der Verfügbarkeit von Stahl- und Metallschrott besonders zu adressieren, auch für die mittelständische Gießereiindustrie.

Praxisgerechte Umsetzung von Umwelt- und Genehmigungsrecht

- Die Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie (IED 2.0) in Deutschland droht über das europarechtliche Gebotene hinauszugehen. Verpflichtende Umweltmanagementsysteme, zusätzliche Berichts- und Nachweispflichten sowie überschießende Grenzwertverschärfungen belasten mittelständische Gießereien unverhältnismäßig. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Grundsätze der 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben und der Verfahrensbeschleunigung konsequent anzuwenden. Im Rahmen des Umwelt-Omnibus sollte zudem auf eine schnellstmögliche Überarbeitung der IED 2.0 hingewirkt werden. Bis zu einer Überarbeitung sollte ein Belastungsmoratorium für die neuen IED-2.0-Anforderungen gelten. Bundeseinheitliche Vollzugsregelungen sollten Ausnahmeregelungen bei der Grenzwertsetzung in begründeten Einzelfällen ermöglichen, um Standortschließungen zu verhindern.

Fakten zur Gießerei-Industrie in Deutschland (und Niedersachsen)

Beschäftigte:	61.500 (3.200)
Betriebe:	500 (30)
Umsatz:	13,1 Milliarden Euro (1 Milliarde Euro)

Branchenentwicklung von 2018 bis 2025 im Vergleich

Beschäftigte:	Von 80.000 auf 61.500, entspricht -23 %
Produktion:	Von 5,5 auf 3,3 Millionen Tonnen, entspricht -40 %